66. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Nr. 10 gespalt. Zeile 4.50 M., Reklamezeil 18.– M.
Stellungsuchende 2 Mark

Alle besonders Beilagen erscheinen: Zinsscheine-Kalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Bestenlisten, Ziehungslisten der Preussischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten.

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe mit Kurszettel.

Nummer 80.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36.– Mark, monatlich 12.– Mark, bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr. des Tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen u. Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur einer Zeitung mit dem einfachen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspeditionen und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: Börsenkrone | Fernspr. d. Schriftltg.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstraße 37 | Donnerstag, 17. Februar 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 40 Pf.

Eine Legende.

Man weiß, daß es in Deutschland Leute gibt, die hartnäckig des Glaubens sind, es hätte seinerzeit in Versailles nur an uns gelegen, daß die von französischer Seite versuchten Annäherungen scheiterten. Infolge der ablehnenden Haltung des Grafen Brockdorff wäre jede Milderung des Vertrages verhindert und das „Diktat" herbeigeführt worden. Diese Anschauung ist allmählich geradezu zu einer Legende geworden, weil ihre Vertreter sich sehr sorgfältig hüteten, genauere Einzelheiten zu geben. Jetzt lüftet Freiherr v. Lersner, der Nachfolger Brockdorffs im Vorsitz der deutschen Friedensdelegation, in der „Deutschen Allg. Ztg." den Schleier des Geheimnisses und berichtet:

„Der Vermittler solcher „Versuche" war der französische Agent und ehemalige Lektor der Berliner Universität, Herr Haguenin. Es wird, wenn einmal die Vorgeschichte des Friedens von Versailles geschrieben wird, nothwendig sein, sich mit der Persönlichkeit und Tätigkeit dieses viel gewandten Herrn näher zu befassen, der über große Klugheit, vorteilhafte Umgangsformen und offenbar erhebliche Mittel verfügt. Insbesondere wird die Rolle zu beleuchten sein, die er in der letzten Phase der Friedensverhandlungen in Versailles und Weimar hinter den Kulissen gespielt hat. Unter der Maske eines edlen Freundes Deutschlands und überzeugten Pazifisten, der das Beste nicht nur des schwergeprüften deutschen Volkes, sondern der gesamten Menschheit im Auge habe, hatte Haguenin es verstanden, sich in weiteste und besonders einflußreiche deutsche Kreise Eingang zu verschaffen und Vertrauen zu finden, wo äußerste Vorsicht am Platze gewesen wäre. Der Erfolg war, daß sich diesem „ehrlichen Freunde Deutschlands" Türen und Herzen in Deutschland öffneten, und daß er über die Stimmungen und Strömungen in Berlin, Wiesbaden weit besser unterrichtet war, als z. B. wir von der deutschen Friedensdelegation in Versailles. Im kritischsten Stadium der Friedensverhandlungen erschien denn Herr Haguenin auch plötzlich in Versailles und wandte sich mit der Bitte an mich – der ich damals als politischer Referent für Frankreich hierfür zuständig war –, sogleich von dem Grafen Bantzau empfangen zu werden. Ich bat Haguenin, zu warten, und begab mich sofort zu dem Reichsminister, der gerade einer vertraulichen Sitzung der deutschen Delegierten präsidierte, und trug ihm den Wunsch des Franzosen vor. Brockdorff-Rantzau berief sich hierauf eingehend mit den anwesenden Delegationsmitgliedern. Sämtliche Herren, zu ihnen auch der gegenwärtige Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons, stimmten ebenso wie ich mit ihm darin überein, daß Herr Haguenin empfangen werden müsse, wenn er im amtlichen Auftrage komme oder wenigstens amtlich ermächtigt wäre, dem Vorsitzenden der deutschen Delegation eine Mitteilung zu machen. Falls eine solche amtliche Legitimation nicht vorliege, könne er jedoch nicht empfangen werden."

Herr Haguenin ist dann auch nicht zu der verlangten Unterredung zugelassen worden. Es wäre zur völligen Klarstellung nötig zu wissen, ob er später den Versuch wiederholt hat. Die Verteiler der „Kontinentalpolitik" und Verbreiter der hier auf ihren Kern zurückgeführten Legende aber werden den Nachweis zu führen haben, durch welche Tatsachen Herr Haguenin ihnen eigentlich seine unbedingte Aufrichtigkeit und vor allem seine Kompetenz dargetan hat, da es ja nun feststehen dürfte, daß sie sich ausschließlich auf ihn bezogen, wenn sie von dem „Versagen" der deutschen Unterhändler sprachen. Können sie dies nicht, so wird diese stets von neuem aufgebrachte Version von jetzt ab endgültig als das erwiesen, wofür sie im Grunde immer gehalten werden ist: als ein Hirngespinst politischer Monomane.

Das Transitabkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig.

Berlin, 17. Februar.

Die Bevollmächtigten Deutschlands und Polens, Herr v. Mutius und Herr Olegowski, die in Paris unter dem Vorsitz des Herrn Leverve zusammengetreten sind, haben am 16. Februar die Ausarbeitung des im Artikel 98 des Friedensvertrages vorgesehenen Transitabkommens zwischen Deutschland, Polen und Danzig beendet. Das Abkommen regelt die Verbindungen jeder Art zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland wie zwischen Polen und Danzig auf dem rechten Weichselufer und bezieht sich vornehmlich auf zivile und militärische Eisenbahntransporte, die postalischen, telegraphischen und telephonischen Verbindungen, die Schiffahrt, den Kraftwagenverkehr und die Zoll- und Paßvorschriften.

Die Unterzeichnung des Abkommens wird demnächst in Paris stattfinden, sobald eine Stellungnahme der freien Stadt Danzig herbeigeführt ist.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Paris, 16. Februar.

Havas verbreitet folgende Mitteilung: Die deutschen Kohlensendungen für den Monat Januar belaufen sich auf 1 681 996 to, wovon 1 000 482,5 to Kohlen, 398 575,8 to Koks (was 524 767,7 to Kohlen entspricht) und 96 666 to Braunkohlenbriketts. Von diesen Mengen wurden 1 069 075,5 to Frankreich zugeteilt, 208 012 Tonnen Italien, 274 606 to Belgien und 130 213 to Luxemburg. Die Kriegslasten-Kommission hat am 29. Januar eine längere Aussprache über die Schwierigkeiten geschickt, auf die die deutsche Regierung bei Durchführung der Kohlenlieferungen stößt. Diese Aussprache unterliegt zurzeit einer genauen Prüfung durch das Kohlenamt der Kommission. Die Deutschen werden von der Kommission angehört werden, sobald das genannte Amt seinen Bericht zu Ende geführt haben wird. Diese Verneinung, die wahrscheinlich in den ersten Tagen des Monats März stattfinden wird, wird sich jedoch nur mit der Festsetzung der von Deutschland im Monat April 1921 zu leistenden Kohlenlieferungen befassen, während seinerzeit Aenderungen der für Februar und März festgesetzten Zahl in Frage kommen.

Vor der Londoner Konferenz.

Sachverständigen-Beratungen in Berlin.

Der aus den Kreisen der Sachverständigen gewählte engere Ausschuß zur Vorbereitung der deutschen Reparationsvorschläge wird unter dem Vorsitz von Direktor Krämer heute nachmittag zur Fortsetzung seiner Beratungen zusammentreten. Morgen vormittag beginnen dann im Anschluß daran die Verhandlungen des weiteren Ausschusses. Diese werden auch die weiteren Tage in Anspruch nehmen.

Die Abreise der Franzosen.

Paris, 17. Februar.

Briand wird Sonntag vormittag Paris verlassen, um sich zur Londoner Konferenz zu begeben. Er wird begleitet von dem Generalsekretär im Auswärtigen Amt, Berthelot, und dem Direktor für auswärtige Angelegenheiten, Kammerer, dem Kabinettschef Carteron und dem Dolmetscher des Obersten Rates Camerlynck.

Die Konferenz im St. James-Palast.

London, 16. Februar.

Das Reuterische Bureau erfährt, daß die bevorstehende Londoner Konferenz im St. James-Palast stattfinden wird, den der König zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt hat. Für die Presse werden Einrichtungen getroffen. Die deutsche Delegation wird im Savoy-Hotel untergebracht werden. Marschall Foch und General Weygand werden an der Reparationskonferenz teilnehmen.

„Daily Mail" meldet, daß der bekannte deutsche Finanzmann Karl Melchior, der schon früher Mitglied der Friedensdelegation in Paris war, zur Londoner Konferenz entsandt werden wird.

Poincarés Wahl – eine Warnung Briands.

TU Genf, 17. Februar.

Anläßlich der Wahl Poincarés zum Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten schreibt man Poincaré die Absicht zu, die Politik Clemenceaus nachzuahmen, der als Vorsitzender der Heereskommission während des Krieges eine unermüdliche und unerbittliche Kritik an der gesamten Politik der Regierung übte, bis er schließlich als Retter in der Not selber in die Regierung gelangte. Es ist wohl möglich, daß Poincaré, dessen maßloser Ehrgeiz durch seine Niederlage bei der Präsidentenwahl im Januar vorigen und bei der Kabinettsbildung im Januar dieses Jahres tief verletzt wurde, ein derartiges Ziel verfolgt. Aber er besitzt weder das Temperament Clemenceaus, noch dessen Ansehen, wie sich ja auch aus dem Stimmenverhältnis bei der vorgestrigen Wahl ergibt.

London, 16. Februar.

„Daily Chronicle" meldet aus Paris, die Wahl Poincarés zum Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten könne als eine Warnung für Briand angesehen werden, daß, wenn er von der Londoner Konferenz zurückkehrt, ohne etwas Endgültigeres als nur deutsche Versprechungen, die französischen Forderungen zu erfüllen, mitzubringen, seine Regierung rasch durch ein Kabinett Poincaré ersetzt werden würde, das, wenn nötig, nicht zögern werde, die französischen Forderungen an Deutschland mit der Spitze des Bajonetts zu erzwingen.

Pessimismus, aber keine Einsicht.

Paris, 17. Februar.

Die hiesigen politischen und parlamentarischen Kreise sind zu der bevorstehenden Londoner Konferenz recht pessimistisch gestimmt. Die Wahl Poincarés zum Präsidenten der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten bedeutet, daß die Mehrheit des Senats hinter Poincaré steht und seine Politik des scharfen Vorgehens gegenüber Deutschland unterstützt. Immerhin scheint es, daß man in den politischen Kreisen die Besetzung neuen deutschen Gebietes für den Fall, daß die Sanktionen in Kraft treten sollten, nicht gern sehen würde. Abgesehen von den technischen Schwierigkeiten der Durchführung der Besetzung fürchtet man doch auch den steigenden Einfluß der militärischen Kreise, der durch neue derartige Aktionen nur noch gesteigert werden müßte. Infolgedessen spricht man in politischen Kreisen bereits davon, daß, falls die Londoner Konferenz keine Ergebnisse zeitigen sollte, nur eine stärkere Besetzung der Rheinlande und eine Beschlagnahme sämtlicher Steuern und Zolleinnahmen in diesen Gebieten sowie die Besetzung des Ruhrgebietes ins Auge gefaßt werden sollte. Poincaré verlangt jedoch für den Fall einer Ergebnislosigkeit der Londoner Konferenz die strikte Durchführung sämtlicher vorgesehener Sanktionen. Wie verlautet, wurde Marschall Foch von dem Ministerpräsidenten Briand beauftragt, Pläne für die weitere Besetzung deutschen Gebietes auszuarbeiten. In London betrachtet man die Angelegenheit nicht weniger pessimistisch als in Paris. Insbesondere nimmt man Rücksicht darauf, daß am 4. März der neue amerikanische Präsident Harding sein Amt antreten wird und man befürchtet, daß er die ersten Tage seiner Präsidentschaft zu einer Kundgebung gegen die Beschlüsse der Londoner Konferenz benutzen könnte.

Marcell Hutin schreibt im „Echo de Paris": Die deutschen Vorschläge in der Reparationsfrage würden von den Forderungen der Alliierten in solchem Grade abweichen, daß Frankreich nicht zurückweichen werde. Ministerpräsident Briand werde sich in den Grenzen des Abkommens von Paris halten. Wenn die Deutschen mit einem kategorischen „Nein" London verlassen würden, sei anzunehmen, daß die französischen Unterschändler nach Paris zurückkehren würden und daß Ministerpräsident Briand unverzüglich das Parlament unterrichten werde. Man fasse die Möglichkeit ins Auge, daß die englischen Freunde die Sanktionen nicht sofort spielen lassen würden, die im Abkommen von Paris vorgesehen seien. Wenn England beispielsweise Besitz ergreife von den Zolleinnahmen eines großen deutschen Hafens und wenn Frankreich für den Anfang beginne, die Hand auf eine industrielle Großstadt zu legen, die für die Kohlenlieferung für Bayern und andere deutsche Staaten in Frage komme, dann werde die deutsche Regierung sich wohl die Sache überlegen und ohne Zweifel nach London zurückkehren, um auf einer Grundlage zu verhandeln, die sich den Pariser Dispositionen anpaße.

Kein Rücktritt Laurents.

Paris, 17. Februar.

Laut „Excelsior" dementiert das Ministerium des Aeußeren die Gerüchte, wonach der französische Botschafter in Berlin, Laurent, die Absicht haben soll, nach Abschluß der Londoner Konferenz seinen Posten zu verlassen.

Rumäniens Entschädigungsansprüche.

Berlin, 17. Februar.

Nach einer Bukarester Meldung hat Rumänien durch seinen Vertreter Nicolcea bei der Reparationskommission Entschädigungsansprüche in einer Gesamthöhe von 31,99 Milliarden Gold Lei angemeldet. Nach dem Boulogner Beschluß soll bekanntlich Rumänien 2 Proz. der Gesamtsumme bekommen. Vermutlich soll die jetzt eingereichte Forderung die Grundlage bilden für die bis zum 1. Mai aufzustellende Gesamtrechnung. Außerdem beansprucht Rumänien noch 10 000 Wagen oberschlesischer Kohle im Jahre.

Klerikale Agitation für Polen.

TU Genf, 17. Februar.

Die antiklerikale „Ere Nouvelle" veröffentlicht einen aus Rom datierten Brief über das Verhältnis des Vatikans zu Polen, der interessante Aufklärungen bringt über die Bemühungen Frankreichs, den Einfluß des Papstes auf die Geistlichkeit in Oberschlesien im Sinne einer Einwirkung auf die Volksabstimmung zugunsten Polens anzunehmen. Man erfährt daraus, daß Marschall Foch selbst auf einem Umwege beim Vatikan Stimmung zu machen gesucht hat und daß der Fürstbischof von Krakau, der vor 14 Tagen vom Präsidenten Millerand empfangen wurde, zu dem nämlichen Zweck in Rom war. Da der Vatikan trotz alledem seine Neutralität aufrechterhalten will, so wird schließlich mit einem Wiederaufleben der antiklerikalen Strömung in Frankreich gedroht.

Eine Engländerin über Oberschlesien.

London, 16. Februar.

In der „Westminster Gazette" veröffentlicht Frau Buxton einen Artikel über die wirtschaftliche Frage in Oberschlesien, in dem es heißt, bei einer einwegen Entscheidung der Volksabstimmung zugunsten Polens würde der polnische Patriotismus nur zum Ausdruck kommen in Tarifhindernissen und endlosen Vorschriften und Beschränkungen sowie einer teilweisen Boykottierung, wenn nicht Massenentlassung deutscher Angestellter. Bei einem polnischen Sieg würden Ostenreich, Italien und Oberschlesien nur wenig Aussichten darauf haben, die ihnen zugewiesene oberschlesische Kohle, von der ihr Leben abhängt, zu erhalten. Mit dem Verlust Oberschlesiens würde Deutschland gezwungen werden, gewisse Artikel einzuführen. Dadurch würde sich die deutsche Währung noch mehr verschlechtern. Hierdurch und durch die Vernichtung der Industrie und den Verlust einer seiner reichsten Steuerquellen würde der Bankerott Deutschlands vollständig und der Europas nähergebracht werden. Die letzte Hoffnung auf eine Entschädigung und auch auf die Märkte Mitteleuropas würde damit schwinden.

England und Amerika.

London, 16. Februar.

„Pall Mall and Globe" erfährt von maßgebender Seite, daß das britische Kabinett als Ergebnis des Besuchs von Sir Auckland Geddes beschlossen hat, daß kein Vorschlag von seiten Englands mit Bezug auf die Abrüstung, oder auch auf andere, die Beziehungen zwischen Groß-Britannien und Amerika berührenden Fragen vorgebracht werden soll, bis die neue amerikanische Regierung ihr Amt angetreten hat und die Haltung Hardings klar festgelegt ist. Was die Abrüstungsfrage anbetreffe, so sei Sir Auckland Geddes die Ansicht des britischen Kabinetts darüber mitgeteilt worden, sodaß, wenn konkrete Vorschläge von seiten der amerikanischen Regierung gemacht würden, der Botschafter in der Lage sein werde, die Ansichten Groß-Britanniens vorzubringen.

Arbeitsmöglichkeiten in Litauen.

Aus Kowno wird uns von unserem dortigen Sonderberichterstatter unter dem 12. d. M. geschrieben:

Für die deutschen Wirtschaftskreise muß es von Wichtigkeit sein, in den ihrer Arbeit offenstehenden Gebieten – und hierher gehören im Osten zunächst vor allem die von Rußland losgelösten Randstaaten – alle sich nur irgend bietenden Betätigungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu kennen. Es muß zu diesem Zweck versucht werden, möglichst tief in das Leben dieser Randstaaten hineinzuleuchten, um ihre aus den besonderen Lebensbedingungen erwachsenden Bedürfnisse scharf zu erkennen und Betätigungsmöglichkeiten zu finden.

Einer solchen eindringlichen Betrachtungsweise öffnen sich in Litauen tatsächlich eine Reihe bedeutsamer Perspektiven. Wer mit wirtschaftlichen Aufmerksamkeit in das litauische Wirtschaftsleben hineinschaut, bemerkt, daß hier ein starkes Streben hervorzutreten beginnt, den Wiederaufbau und den Umbau Litauens ganz besonders auf gewerblichem Gebiet entsprechend seinen neuen Lebensbedingungen in die Wege zu leiten.

Zwei Momente bestimmen und bedingen dieses Streben. Litauen war bis vor kurzem ein Teil des russischen Wirtschaftskörpers, aufs engste in Geben und Nehmen mit ihm verwachsen. Aus Rußland empfing es einen Teil seiner Fertigfabrikate (z. B. Textilien) und der für seine Industrie notwendigen Rohstoffe (Erze usw.). Der russische Markt machte erst die Existenz der in Litauen recht bedeutenden Industrie möglich. Für ganz Rußland arbeiteten die großen Gerbereibetriebe in Schaulen und die großen Werke der Kleineisenindustrie in Kowno und Wilna.

Alle diese Fäden aber sind heute völlig zerrissen und es ist nicht abzusehen, wann die alten Verbindungen sich in irgendeiner Form wieder anbahnen lassen werden. Es ist nur zu wahrscheinlich, daß selbst bei der Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland dieses noch auf lange hinaus nicht in der Lage sein wird, seine alte Rolle als Geber und Nehmer gegenüber den früheren Randgebieten wiederaufzunehmen.

Litauen ist somit auf sich selbst gestellt und es ist nicht zu bewundern, wenn heute überall im Lande das Streben nach Neubelebung der Industrie sich geltend macht. Bei einer ganzen Reihe von Produktionsgebiete tritt das zutage. Es ist klar, daß diese Bestrebungen sich auf die Bearbeitung der heimischen Rohstoffe richten und sich vor allem in der Schaffung von kleinen und mittleren Betrieben äußern, denn sie haben nicht den weiten ungeheuren Horizont Rußlands zum Hintergrund, sondern nur den engbegrenzten Litauens.

Das zweite Moment, das diese neueinsetzende Bewegung bestimmt, ist z. T. erst hervorgerufen hat, sind die amerikanischen Litauer. Die Litauer selbst sind ein Bauernvolk. Handel und Kleingewerbe lagen vor allem in den Händen der zahlreichen jüdischen Bevölkerung. Das beginnt sich jetzt zu ändern. Von den vor dem Kriege ausgewanderten Litauern befinden sich heute noch ¾ bis 1 Million in den Vereinigten Staaten. Sie sind hier zu Industriearbeitern geworden. Die Entstehung eines selbständigen Litauens hat ihr Interesse für die alte Heimat mächtig belebt und viele kehren heim, meist im Besitz nicht unbedeutender Ersparnisse in Dollars, die in der Markwährung kleine Vermögen darstellen. Diese Rückwanderer scheinen oder nicht in das bäuerliche Leben zurückkehren zu wollen, sie suchen nach Betätigung in Handel und Industrie, und da sie die meist nicht finden, suchen sie sich neue Betätigungsmöglichkeiten zu schaffen durch Gründung kleiner und mittlerer gewerblicher Betriebe. Das geschieht vielfach auf die Art, daß eine Anzahl amerikanischer Litauer sich zusammentut, ihre Ersparnisse zusammenlegt, an eine technische Firma herantritt und von ihr die Errichtung eines kleinen Betriebes verlangt. Die Bewegung hat bereits über die Kreise der amerikanischen Litauer hinausgegriffen und auch die alteingesessene Bevölkerung erfaßt. Eine lebhafte Gründertätigkeit hat eingesetzt. Starken Rückhalt findet diese Bewegung an den in Amerika zurückgebliebenen Litauern. Eine Reihe von Gesellschaften ist dort gegründet worden, die sich besonders den gewerblichen Wiederaufbau Litauens zur Aufgabe gestellt haben. Vertreter litauischer Neugründungen finden in Amerika willige Geber, die bereit sind, die jungen Unternehmungen zu finanzieren. Eine weitere wertvolle Grundlage für die Aufbauplänne dürften allmählich auch die aus Amerika nach Litauen fließenden Geldüberweisungen werden, die heute bereits die stattliche Summe von etwa 10–15 Millionen Mark erreichen sollen.

Auf den Gebiete scheint sich heute diese neueinsetzende Aufbautätigkeit vor allem zu erstrecken: auf die Verarbeitung von Flachs, Holz und Getreide.

Zunächst die Verarbeitung von Flachs. Das Ausbleiben der Moskauer und Lodzer Baumwollerzeugnisse hat einen überaus großen Mangel an Wäsche usw. gerade bei der ländlichen Bevölkerung hervorgerufen und dieser Notstand hat dazu geführt, daß von verschiedenen Seiten an die Errichtung von Flachsspinnereien gedrängt wird. Es handelt sich naturgemäß nur um kleine Betriebe, die etwa ein bis drei Zentner Rohflachs am Tage zu verarbeiten vermögen. Die Bauern werden ihren Flachs gern den Spinnereien zur Herstellung von Garnen übergeben, um daraus dann selbst die ihnen fehlenden Stoffe zu weben. Die Bezahlung für das Spinnen soll z. T. in Flachs erfolgen und dadurch den Spinnereien in steigendem Maß ein Anreiz gegeben werden. Eine Angahl ernst zu nehmender Gruppen stehen hinter diesen Bestrebungen. Mehrere Spinnereien sollen noch in diesem Frühjahr in Gang kommen, falls es gelingt, die Schwierigkeiten der Beschaffung von Maschinen und der Gewinnung von technischen Kräften zu überwinden. Mit diesen Worten ist be-

Schall u. Rauch
i. Gr. Schauspielhaus
Dir. Hans v. Wolzogen
Tel.: Norden 8643.
Anf. 7½ Ende 8½
Das große Februar-Programm u. a.
Die Rose von Stambul mit Rixi Delorm und Arnold Rieck.

In unser Handelsregister Abt. B Nr. 148 ist die Firma **Olein-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Gewinnung und Verwertung von Oelen und Fetten und daraus hergestellten Produkten. Das Stammkapital beträgt 30 000 M. Geschäftsführer ist der Kaufmann Otto Oettel zu Sternfelde-Spandau. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist vom 23. Dezember 1920 abgeschlossen. Die Gesellschaft wird, auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sein sollten, durch einen Geschäftsführer vertreten. Die Zeichnung der Firma geschieht in der Weise, daß der Zeichnende unter die geschriebene oder auf mechanischem Wege hergestellte Firma der Gesellschaft seinen Namen fertigt. (ohne)

Spandau, 4. Jan. 1921.
Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abt. B ist heute eingetragen:

a) unter Nr. 57 die Firma **Rahn, Roestel & Co., Warenabteilung Karl Saß, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** mit dem Sitze in **Stralsund.** Gegenstand des Unternehmens ist Ankauf und Verkauf von Waren, Kommissionsgeschäfte und Uebernahme von Versicherungen. Das Stammkapital beträgt 75 000 M. Geschäftsführer sind die Kaufleute Hans Saß, Martin Rahn, beide in Stralsund, und Hugo Roestel in Stettin. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. Januar 1921 errichtet. Je zwei Geschäftsführer können die Gesellschaft verpflichten und zwar schriftlich so, daß sie dem Firmenstempel ihre Namensunterschrift beifügen;

b) unter Nr. 58 die Firma **Boldt & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** früher **Berlin, jetzt Stralsund.** Gegenstand des Unternehmens ist Vertrieb von Baumwollwaren im Großhandel. Das Stammkapital beträgt 50 000 Mark. Geschäftsführer sind der Kaufmann Erich Boldt, Berlin, und der Kaufmann Ernst Wahlström in Stralsund. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. September 1920 errichtet. Die Vertretung erfolgt durch jeden der beiden Geschäftsführer allein;

c) unter Nr. 59 die Firma **Stralsunder Drahtgeflechtfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Stralsund.** Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation von Drahtgeflecht und Drahtwaren aller Art und der Handel mit allen einschlägigen Waren. Das Stammkapital beträgt 40 000 M. Geschäftsführer ist der Kaufmann Wilhelm Bänisch in Stralsund. Dem Kaufmann Joseph Kulla in Stralsund ist Prokura erteilt. Der Gesellschaftsvertrag ist am 22. November 1920 errichtet. (ohne)

Stralsund, 7. Febr. 1921.
Das Amtsgericht.